

# Korrespondenz

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW61, Dreilindstr. 5

67. Jahrgang

Berlin, den 27. November 1929

Nummer 95

### Arbeitslosigkeit und Überstunden

In Anbetracht der Sinnwidrigkeit, die sich im Hinblick auf den großen Umfang der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit aus der Leistung von Überstunden in vielen Betrieben ergibt, muß es als dringend nötig beurteilt werden, die Entschliessung unseres diesjährigen Verbandstages in Frankfurt a. M. in Erinnerung zu rufen und auf deren besondere Beachtung aus ebenso ersten wie kollegialen Gründen hinzuweisen.

Die Entschliessung hat folgenden Wortlaut: „In Rücksicht auf die durch die Beschlüsse der Prinzipale herbeigeführte fast restlose Ausnutzung der Lehrlingskafala, in Verbindung mit der seit langem bestehenden großen Arbeitslosigkeit, für deren baldige Aufhebung bzw. Abschwächung keinerlei Ausichten bestehen, hält es der Verbandstag für unerlässliche Pflicht aller Funktionäre, der Leistung von Überstunden die schärfste Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist nicht zu verantworten, daß in einer Zeit, in der Tausende von Arbeitskräften brachliegen, im geordneten Arbeitsverhältnis stehende Kollegen diesen durch Willkürhaftigkeit in der Arbeitsleistung über die gesetzliche und tarifliche 48-Stunden-Woche hinaus das Brot fortnehmen. Die Zeitverhältnisse erfordern es, daß die Leistung von Überarbeit unter die schärfste Kontrolle der örtlichen Funktionäre genommen wird, um endlich einmal die Auswüchse im Überstundenwesen im Interesse der Arbeitslosen einzudämmen. Von den Funktionären geforderte und nach Lage der Verhältnisse mögliche Abstellung von Missetänden der genannten Art muß von den in Frage kommenden Kollegen beachtet werden, andernfalls gegen sie mit organisatorischen Mitteln eingeschritten wird. Die Bestimmungen im § 8 Absatz 1 des Tarifs müssen zum mindesten in der gegenwärtigen Zeit strengstens beachtet werden.“

### Meisterschule Leipzig

Dieser Artikel wurde uns von den Gehilfenmitgliedern des Leipziger Schulausschusses gestellt. Wir bringen ihn zum Ausdruck, weil er zu wichtigen Schulfragen Stellung nimmt, die in allen Gauen von großer Bedeutung sind.

Aus früheren Notizen ist bekannt, daß in Leipzig eine „Meisterschule für das graphische Gewerbe“ ins Leben gerufen wurde. Die finanziellen Träger dieser der Buchdruckerlehrauskast angeschlossenen Schule sind der Freistaat Sachsen und die Stadtgemeinde Leipzig. Trotzdem hat die Prinzipalität es bisher verstanden, die Gehilfenschaft von jeglichem Einfluß auszuschließen. Sie hat der Schule eine Verfassung gegeben, die dem Gewerbe keinerlei Nutzen bringt, aber den Wünschen jener Kreise entspricht, die vor einer ordentlichen Buchdruckerlehre eine gewisse Scheu besitzen. Nun gilt es, aus der bestehenden Schule eine brauchbare Einrichtung zu machen, die es den wirklichen Meistern des Gewerbes möglich macht, sich planmäßig einer gründlichen Schulung zu unterziehen.

#### I. Gedanken zum Aufbau planmäßiger Arbeit

Es ist eine bekannte Tatsache, daß in der gesamten graphischen Industrie sich die Ablegung der Meisterprüfung nicht den Bedürfnissen des Gewerbes anpaßt. Die geforderte hohe Qualität und Quantität der Leistungen eines Gehilfen stehen in gar keinem Verhältnis zu den Bedingungen, die bei der Ablegung der Meisterprüfung erfüllt werden müssen. Aus diesen Gründen sehen wir es als eine zeitgemäße Aufgabe an, hier einen gründlichen Wandel der Dinge vorzubereiten. Natürlich kann man diese Aufgabe nicht lösen, wenn man nur herkommt und die Vorbedingungen zur Ablegung der Meisterprüfung höher schraubt. Denn die heute mögliche Ausbildung durch Kurse und Bücher entspricht auch den bisher üblichen Prüfungsverfahren. Wir müssen also an die Schaffung besserer planmäßiger Schulung herangehen, denn erst diese gibt uns die Gewähr, daß höheren und umfangreicheren Bedingungen zur Ablegung der Meisterprüfung entsprechen

werden kann. Bedenken wir doch einmal, daß es für die Angehörigen des graphischen Gewerbes längst eine bekannte Tatsache ist, daß vor dem sogenannten „geprüften Meister“ selbst die größten gewerblichen Unzulänglichkeiten sehr oft nicht halt machen. Wir müssen uns darüber klar werden, daß zwischen Gewerben, die noch eine handwerkliche Ausübung möglich machen (d. h. deren Betrieb aufgenommen werden kann, ohne daß in ihm hohe Geldsummen zum Aufbau notwendig sind: Schneider, Uhrmacher, Maler) und den Gewerben, die nur noch fabrikmäßig und mit hohem Kapital Existenzberechtigung haben, ein großer Unterschied vorhanden ist. Die Gewerbeordnung und die nach ihr abgelegte Meisterprüfung wurzelt aber im vollen Umfang in der Ideologie des Kleinhandwerkers. Wenn aber im graphischen Gewerbe die Meisterprüfung einen Sinn haben soll, dann muß sie unbedingt die Gewähr geben, daß der Meister zur Leitung des gesamten oder einer Abteilung eines Betriebes befähigt ist.

So sehen wir jetzt die hohen Aufgaben des Meisterunterrichts vor uns wachsen: Uns wird klar, daß diese Schulung eine von Grund auf andre sein muß, als die für das Kleingewerbe notwendige. Im Vordergrund stehen zwei wichtige Punkte, zu denen wir Stellung nehmen müssen:

1. die durch fortschreitende Rationalisierung erforderliche Spezialisierung und dadurch bedingt
2. die umfassende experimentelle und informativische Ausbildung in allen Sparten des gesamten graphischen Gewerbes.

Bei der Durchführung des zweiten Punktes würden wir die Gefahr bannen, daß der heutige Zustand ein dauernder wird, die Befestigung des Status „Buchdruckmeister“ also möglich ist. Es darf nicht verkannt werden, daß sich in den letzten Jahren sehr oft Gehilfen um den Meistertitel erfolgreich beworben haben, die in der Praxis den Nachweis eines meisterhaften Könnens nicht im geringsten erbringen konnten. Man kann diese Feststellung machen, ohne zu verkennen, daß durch die einschneidende Rationalisierung die einzelnen Fachgruppen im Gewerbe noch viel mehr als bisher dem Gesamtarbeitsprozeß entfremdet werden, ja, daß sie ihn in wenigen Jahren gar nicht mehr kennen. Schon heute kommen eine große Anzahl Drucker und Seher als Lehrlinge und Gehilfen in die Prüfung, ohne daß sie auch nur über die elementarsten Kenntnisse in der ihnen am nächsten verwandten Sparte verfügen. Wenn es nun aber schon eine Tatsache ist, daß der Drucker nichts vom Seher und der Seher nichts vom Drucker weiß, wie soll es dann möglich sein, daß heute im Gewerbe ein Meister heranwächst, der alle Zweige seines Berufes wenigstens so weit kennt, daß er die erforderlichen Kenntnisse zu einer ordentlichen Betriebsorganisation besitzt? Hier muß für den Prüfling die Möglichkeit geschaffen werden, sich vorher mit den Zweigen seines Berufes vertraut zu machen, in denen die Praxis verlagert hat. Darüber hinaus muß die gründliche Information auch in den verwandten Gewerben zur Bedingung gemacht sein. Wir sind uns der hohen Anforderungen bewußt, die der gemeine Druckbetrieb an den Meister stellen darf: Offset- und Tiefdruck u. a. m. sind Gebiete, deren Erzeugnisse zur täglichen Praxis der Berufsangehörigen zählen. Nun gilt es also, einen Plan auszuarbeiten, der die Gewähr gibt,

1. sich in einem Spezialfach, in dem die Gehilfenprüfung abgelegt wurde, zum wirklichen Meister auszubilden;
2. sich mit den nächstverwandten Sparten im planmäßigen Unterricht durch praktische Arbeit vertraut zu machen;
3. durch gründlichen Informationsunterricht alle andern Bervielfältigungstechniken kennen zu lernen;
4. planmäßige Ausbildung in der Betriebswirtschaft, Kalkulation, Buchhaltung, Gesetzekunde usw.

Eine nähere Spezialisierung dieser vier Punkte im Unterricht wird in dem dritten Abschnitt dieser Arbeit erfolgen. Wir wollen nun erst einmal untersuchen, welchen Aufbau die heutige „Meisterschule“ für das graphische Gewerbe zu Leipzig“ erfahren muß, um ihr unsere Zustimmung und Förderung zu geben und um den Ausbau des Unterrichts vornehmen zu können.

### II. Der jetzige Aufbau der Leipziger Meisterschule

Nach ihrer heutigen ministeriell genehmigten Verfassung trägt die „Meisterschule für das graphische Gewerbe zu Leipzig“ ihren Namen im vollen Umfang zu Unrecht. Denn sie baut sich auf einen Schülerkreis auf, der keinerlei Gewähr für die Heranbildung wirklicher Meister des Buchdruckgewerbes bieten kann. Es soll aber dabei nicht verkannt werden, daß jedes Unternehmen sich vor allem bis zu einem gewissen Grad wirtschaftlich selbst tragen muß. Darum kann auch einem bestimmten Prozentfuß unter den Tagesschülern die Möglichkeit des sogenannten „Kolonatärstudiums“ gegeben werden, weil wir der Meinung sind, daß in diesem Fall in einem planmäßig aufgebauten Schulbetrieb die Ausbildung in elementaren Kenntnissen des Berufs besser überwacht werden kann, als in den unkontrollierbaren Privatbetrieben. Natürlich können diese Schüler nur unter dem Gesichtspunkt eines „Kolonatärs“ an der „Meisterschule“ für das graphische Gewerbe zu Leipzig“ zugelassen werden; sie bezaehlen den doppelten Schulgeldsatz der übrigen Vollschüler und können nur als Vollschüler zugelassen werden. Den eigentlichen Schülerbestand bilden Angehörige des Gewerbes, die in einem Fach die Gehilfenprüfung ablegten und eine vierjährige Praxis oder eine höhere Schulausbildung nachweisen können. Eine Lösung der Schülerfrage wäre dadurch möglich, daß 25 Proz. der Schüler „Kolonatäre“ unter den beschriebenen Gesichtspunkten sind; weitere 25 Proz. sollen Gehilfen nicht unter 24 Jahren sein, die hervorragende gewerbliche Fähigkeiten nachweisen, das Vollstudium aber nur durchzuführen können, wenn für sie Freistellen im Unterricht geschaffen werden.

Wir kommen so zur Unterscheidung von drei Schülergruppen im Tagesunterricht an der Meisterschule:

1. Schüler, die ein hervorragendes gewerbliches Können nachweisen;
2. Schüler, die im Gewerbe die Gehilfenprüfung ablegten und entweder über eine zweijährige Praxis verfügen oder eine höhere Schulausbildung besitzen;
3. Schüler, die als Kolonatäre die verschiedensten Zweige des Gewerbes kennen lernen wollen.

Während der ersten Gruppe nach zwei Semestern die Möglichkeit zur Ablegung der Meisterprüfung gegeben sein muß, werden die Schüler der zweiten Gruppe erst nach drei Semestern hierzu zugelassen. Die Schüler der dritten Gruppe können eine Prüfung in den wirtschaftlichen Fächern dann ablegen, wenn sie hinter einander zwei Semester die Meisterschule als Vollschüler besuchten. Die Möglichkeit der Ablegung einer gewerblichen Prüfung ist nur dann vorhanden, wenn den Bestimmungen der Lehrlingsordnung entsprochen ist. Natürlich ist der Unterricht an der Meisterschule auf zwei Semester beschränkt, es könnte sonst die Vermutung aufkommen, als wäre zahlungsfähigen jungen Leuten die Möglichkeit gegeben, an der Meisterschule eine den Bestimmungen der Lehrlingsordnung für das Buchdruckgewerbe ungefähr entsprechende Lehre durchzumachen.

Aber den Auf- und Ausbau der Schule wird vom Schulausschuß eine Satzung erlassen; derselbe beschließt dann auch die den inneren Aufbau regelnde Schulordnung.

Die Zusammensetzung\* des Schulausschusses muß der von den Gehilfen beantragten Satzung der „Meisterschule“ für das graphische Gewerbe zu Leipzig“ entsprechen. Dieser Schulausschuß ist auch für den jetzt im III. Teile beschriebenen Abendunterricht maßgebende Instanz.

#### III. Abendunterricht an der Meisterschule

Zur Einleitung dieses Teiles unserer Betrachtung wollen wir grundsätzlich feststellen, daß zwischen dem Unterricht der Vollschüler und den Schülern im Abendunterricht nur, insofern ein Unterschied besteht, als die letzteren den geschmackbildenden Unterricht nur innerhalb des beschränkten Fachunterrichts erhalten. In allen andern Teilen (d. h. vorläufig: Unterricht in den wirtschaftlichen Fächern, Kalkulation, Buchhaltung und Gesetzekunde, ein-

\* fünf Vertreter der Unternehmer, fünf Vertreter der Arbeiter, der Leiter der Meisterschule für das graphische Gewerbe, ein Vertreter der Verkehrsamt, ein Vertreter des Rates der Stadt Leipzig, ein Vertreter des Stadtwirtschaftsreferats, ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums.

schließlich der zu ihnen gehörenden Vorträge) sind die Abendhörer, die sich nur aus Gehilfen mit mindestens vierjähriger Praxis zusammensetzen, den Vollschülern gleichgestellt. Sie erhalten aber über vier Semester einen wöchentlichen Unterricht von mindestens zehn Stunden, der mindestens zu je zwei Stunden an den ersten fünf Werktagen stattfinden muß und nach dem vierssemestriigen Besuch des Abendunterrichts zur Ablegung der Meisterprüfung als Schüler der Meisterklasse berechtigt. Bei der Ablegung der Meisterprüfung würde der Schüler, wenn er eine vierjährige Lehrzeit und eine ebenso lange praktische Gehilfenstätigkeit beim Eintritt in die Schule hinter sich hat, das gesetzlich vorgeschriebene Alter eines Meisters normalerweise erreicht haben. Durch die unterschiedliche Behandlung der Semesteranzahl wird erreicht, daß dem im Tagesunterricht besonders befähigten Schüler schon nach zwei, dem Tagesschüler unter „zwei“ nach drei und dem Abendhörer erst nach vier Semestern die Prüfung möglich gemacht wird. Wer die Prüfung früher ablegen will, kann sich nicht darauf berufen, daß er zu diesem Zweck ordnungsgemäß die Meisterschule besucht hat. Sollten an der Meisterschule neue Unterrichtsfächer für Vollschüler eingeführt werden, dann beschließt der Schulausschuß, inwieweit die Abendhörer an diesen Fächern teilnehmen müssen. Der Abendunterricht erstreckt sich auf zwei Gebiete:

1. praktischer, experimenteller und informatorischer Unterricht auf allen Gebieten des gesamten graphischen Gewerbes;
2. wirtschaftlicher Unterricht in der Betriebswirtschaft, Kalkulation, Buchhaltung, Gesekunde u. a. m.

In diesem Zusammenhang können wir natürlich keine Spezialisierung in alle Einzelheiten vornehmen. Es soll aber gesagt werden, daß der Unterricht auf zwei Klassenstufen aufgebaut ist. Der Eintritt in den Abendunterricht kann nur am 1. Oktober erfolgen.

Durch diese Regelung kommen wir zu dem Ergebnis, daß nach einem Jahre die laufende Schülerzahl auf 50 festgelegt ist. Sollten sich nun aber so viel Schüler für den Abendunterricht melden, daß an eine Ergänzung durch einen dritten Klassenzug gedacht werden kann, so müssen hierfür die schulischen und wirtschaftlichen Bedingungen auf mehrere Jahre hinaus erfüllt sein. In allen Fällen kann ja auch ein gemeinsamer Unterricht mit den Vollschülern stattfinden. Kommen wir nun so zu einer Schülerzahl von 50 Köpfen, so darf hier wohl gleich zum Ausdruck gebracht werden, daß diese Schülerzahl für den notwendigen Meisternachwuchs hoch genug geglaubt ist.

Wir weisen auch gleich darauf hin, daß die Meisterschulung im Abendunterricht in keiner Weise ein Ersatz für die von den Sparten und vom Bildungsverband geleistete allgemeine Bildungsarbeit ist. Bedeutet für die Sparten die Zahl 50 gar nichts in der Gegenüberstellung zu den vielen fortbildungseifrigen Angehörigen unseres Gewerbes, so werden andererseits die Bestrebungen des Bildungsverbandes in keiner Weise durch den Abendunterricht überflüssig oder auch nur beeinträchtigt. Es sollte also allen Zweigen unseres Berufs, die sich natürlich auch auf Mitglieder anderer Fachgruppen und Verbände erstrecken, die Zustimmung zu dem planmäßigen „Abendunterricht an der Meisterschule für das graphische Gewerbe zu Leipzig“ möglich sein. Es wird auch immer eine Anzahl Berufsausübender geben, die sich der Meisterprüfung auf Grund ihres eignen Könnens unterziehen, das sie in der Praxis und durch Kursusbesuch erworben haben. An den Abschluß unserer Ausführungen stellen wir den Aufbau des Abendunterrichts:

1. Semester: (Sechs Stunden praktischer und vier Stunden wirtschaftlicher Unterricht).

Seher = Drucken, Drucker = Sehen, Stereotypenre = Galvanoplastik, Galvanoplastiker = Schriftgießer, Schriftgießer = Drucken oder Sehen, Andre. = nach Wahl.

In dem praktischen Unterricht sind für alle Gruppen zwei Stunden informatorischer Unterricht an der Typograph- und Linotype-Schneidmaschine enthalten. Der wirtschaftliche Unterricht wird sich bis zum Semesterabschluss auf die genaue Umgrenzung des Gesamtkomplexes beziehen.

2. Semester: (Sechs Stunden praktischer und vier Stunden wirtschaftlicher Unterricht).

Seher und Drucker = Stereotypie-Galvanoplastik, Stereotypenre, Galvanoplastiker und Schriftgießer = Sehen und Drucken, Andre. = nach Wahl.

In dem praktischen Unterricht sind für alle Gruppen zwei Stunden informatorischer Unterricht an der Linotype- und Monotype-Schneidmaschine enthalten. Der wirtschaftliche Unterricht wird in Arbeitsgemeinschaften praktisch weiter ausgebaut, so daß die Schüler bis zum Semesterabschluss alle vorgesehenen Wirtschaftsfächer ausführen können.

3. Semester: (Sechs Stunden praktischer und vier Stunden wirtschaftlicher Unterricht).

Jeder Schüler darf sich in diesem Semester im praktischen Unterricht nur an dem Fach beteiligen, in welchem er sich zur Meisterprüfung anmelden will. Jeder informatorischer Unterricht fällt in diesem Semester fort. Der wirtschaftliche Unterricht erreicht bis zum Semesterabschluss einen Grad, von dem aus der Schüler ohne die Hilfe anderer selbstständig arbeiten kann.

4. Semester: (Zwei Stunden praktischer, zwei Stunden wirtschaftlicher und sechs Stunden informatorischer Unterricht in verwandten Drucktechniken).

Jeder Schüler darf sich im praktischen Unterricht nur an dem Fach beteiligen, in welchem er sich zur Meisterprüfung anmelden will.

Der informatorische Unterricht von sechs Stunden erstreckt sich auf den Unterricht im Photomechanischen Institut an der Akademie für graphische Künste und das Buchdruckgewerbe. Der wirtschaftliche Unterricht beschränkt sich auf die Form einer Arbeitsgemeinschaft.

So ist nun versucht worden, die Mißstände zu beheben, die im 1. Teil dieser Arbeit näher beschrieben sind. Nun gilt es zu prüfen und abzuwägen, die Spreu vom Weizen zu trennen. Ebenso leidenschaftlos, wie der Aufbau dieses Planes gehalten ist, muß auch die Kritik sein. Vor allem gilt es aber daran zu denken, daß eine große Sache nicht an kleinsten Bedenken scheitern darf. Manchem wird es auffallen, daß in keinem Satz die Bezeichnung „Gehilfenschule“ vorhanden ist: sie ist mit voller Absicht nicht gebraucht worden, weil wir der Meinung sind, daß es einmal nicht darauf ankommt, einen neuen Namen zu erfinden, andererseits diese Bezeichnung nicht dem Sinne des geplanten Endzieles entspricht. Mit dem „Abendunterricht an der Meisterschule für das graphische Gewerbe zu Leipzig“ sollen aber nicht nur „Meister“ erzogen werden; in enger Verbindung damit wollen wir die Aufgabe lösen, dem Gewerbe tüchtige Männer zuzuführen; jeder, der Meister werden will, ganz gleich, ob er die Prüfung schon abgelegt hat oder erst noch ablegen will, sollte in dieser Schule eine gründliche Ausbildung suchen.

### 50 Jahre „Gutenberg“ Halle a. d. S.

Könnte erst vor ganz kurzer Zeit die „Typographia“ Berlin ihren 50. Geburtstag feiern, so feiert auch der Hallesehe „Gutenberg“. In dem mit den Buchdrucker- und Halleischen Stadtfarben herrlich dekorierten Festsaal trafen am Sonnabend, dem 2. November, das Festkonzert.

Das Programm an und für sich war etwas bunt zusammengestellt, bot aber trotzdem in musikalischer Hinsicht ausgezeichnete Beispiele. Zuerst spielte das Halleische Sinfonieorchester, mit dessen Verpflichtung der Jubiläumsverein einen sehr guten Griff getan hatte, das Vorspiel zur Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ von Richard Wagner, was unter der bescheidenen Leitung des in Halle sehr geschätzten Dirigenten Benno Plätk so recht im Sinne einer Einleitung paßte. Als erste gefällige Darbietung sang dann der „Gutenberg“ (Halle) einen Männerchor a cappella: „Föh!“ von Rehmer; eine ausgezeichnete Leistung unter der Stabführung des Chormeisters Otto Schwendler, die auch durch den unsicheren Einsatz der Tenöre zum Anfang nicht getrübt wurde. Es folgten nun drei Kompositionen von Otto Schwendler. Zuerst eine Säge aus dem A-Moll-Konzert für Violoncello mit Orchester, mit welchem sich der Solopattien selbst spielende Komponist die besondere Achtung der Zuhörer verschaffte; dann folgte eine Ballade für Männerchor: „Der Schmied von Bartl“, welche von den Sängern gut zu Gehör gebracht wurde (ebenfalls war diese Ballade mit besonderer Sorgfalt eingeübt worden); als dritte Komposition ein Kapriccio für großes Orchester unter persönlicher Leitung des Komponisten. Hiermit schloß der erste Teil der Darbietungen. Nach einer kurzen Pause folgte dann die Ouvertüre Nr. 3 zur Oper „Leonore“ von L. v. Beethoven, eine wunderbare Leistung von Benno Plätk mit seinem Orchester, ebenso Scherzo und Hochzeitsmarsch aus dem „Sommerabend“ von F. Mendelssohn-Bartholdy. Hieran schlossen sich zwei Männerchöre: „Das alte Lied“ von Schandl und „Serenade“ von Demény, welche bei den Zuhörern den größten Beifall fanden. Reichen Beifall fanden auch die Variationen über das Volkslied „s kommt ein Vogel geflogen“ von S. Dops, so daß Benno Plätk wohl oder übel den letzten Teil wiederholen mußte. Als Abschluß des Ganzen sang dann der Chor mit Orchesterbegleitung „Der Freiheit Wiederkehr“ unter der Leitung von Otto Schwendler.

Nach einer halbstündigen Pause begann dann der Festakt. Der Vorsitzende Bruno Wehler eröffnete denselben und begrüßte mit warmen, herzlichen Worten die zahlreich erschienenen Gäste und Delegationen. Daran anknüpfend brachte er einen kurzen Querschnitt durch die Vereinsgeschichte seit der Gründung bis zum heutigen Tage. Besonders geehrt wurde der einzige noch lebende Gründer des Vereins Selmar Steyer; ihm wurde die Ehrenmitgliedschaft und die goldene Vereinsmedaille verliehen. Auch der Chormeister Otto Schwendler wurde anlässlich seiner 25jährigen Tätigkeit als technischer Leiter des Vereins unter Überreichung einer Glückwunschadresse und eines appetitlichen Frühstücksbesuches geehrt. Silberjubiläum hatten ferner die Mitglieder E. Fintz, E. und W. Bühne, R. Jägermann und F. Pohle; sie erhielten die silberne Vereinsmedaille. Mit einem launigen Gedicht überreichten dann die Damen des Vereins einen neuen modernen Notenschrank als Festgabe, was der Vorsitzende mit herzlichen Worten des Dankes quittierte. Daß auch die zahlreichen Delegationen von befreundeten Gewerbevereinen zu Worte kamen sowie viele Glückwunschtelegramme verlesen, besonders aber der gefallenen Mitglieder und der sonst dahingefahrenen Kollegen ebrend gedacht wurde, verweist sich am Rande. Als dann der Vor-

sitzende das Schlußwort ergriff und am Schluß alle anwesenden Sängere herauf auf die Bühne rief und alle den schönen Liedchor „Lord Tolson“ mit Busch und Hingabe auswendig sangen, da wollte der Beifall kein Ende nehmen. Mit diesem Liebeslied die harmonische Feier.

Am Sonntagvormittag folgte dann ein gemüthlicher Frühshoppen, der von verschiedenen Kollegen auch auf den Nachmittag ausgedehnt wurde. Von 4 Uhr an fand dann der Festball statt, und bei Gesang und Tanz eisten die Stunden nur so dahin. Hoffen wir, daß der Verein weiter blühen, wachsen und gedeihen möge!

### Das Genossenschaftswesen Genossenschaftliche Rationalisierung

Die Rationalisierung hat allmählich in den Kreisen der Angestellten und Arbeiter einen üblen Beigeschmack bekommen. Auch bei den Staatsbeamten. Denn leider wirkt und wirkt sie sich in allererster Linie durch Arbeitslosigkeit bei den von der Rationalisierung erfassten Schichten aus, weil alle sozialen Erwägungen auf die breiten Massen der Beamten, Angestellten und Arbeiter dem Grundlag der zentralen Betriebsführung zum Opfer fallen. Die zentrale Betriebsführung setzt aber nicht unter allen Umständen die Verringerung der Zahl der Beschäftigten voraus. Und die Betriebsstechnik soll zwar eine Steigerung der Produktion herbeiführen, aber nicht eine Verminderung der Zahl der Arbeitskräfte. Der Mensch soll nicht das Opfer der Maschine werden.

Auch auf diesem Gebiete läßt die Entwicklung der Konsumgenossenschaften erkennen, daß sie, ohne „amerikanisch“ zu sein, den Erfordernissen einer gesunden Volkswirtschaft entsprechen unter Beobachtung aller sozialen Rücksichten auf die lebendigen motorischen Kräfte der Menschen, die unentbehrlich im Wirtschaftsprozeß sind. Wobei die soziale Rücksichtnahme sich letzten Endes als ein notwendiger Teil einer gesunden Volkswirtschaft erweist.

An der wieder in Rekordziffern demonstrierenden Arbeitslosigkeit sind die Konsumgenossenschaften unbeteiligt. Steigenden Umfahziffern in der Warenverteilung und Güterherstellung entsprechen steigende Ziffern der Verteilungsstellen und des beschäftigten Personals. Die Rationalisierung beschränkt sich auf die Betriebskonzentration. Insofern die Zahl der Konsumgenossenschaften ständig abnimmt, zum Teil auch die Mitgliederzahlen, während der Warenumsatz und mit ihm die Zahl der Beschäftigten steigt.

So betrug die Zahl der Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1914 1109, im Jahre 1928 nur noch 1051. In den gleichen Jahren aber zählte man 1.717.619 bzw. 2.803.232 Mitgliederfamilien. Und der Warenumsatz wuchs von 486.419.000 M. auf 1.045.982.000 M., die Zahl der Verteilungsstellen von 5167 auf 9605 und die Zahl der beschäftigten Personen von 28.234 auf 49.724, wovon auf die in den Verteilungsstellen beschäftigten 21.708 bzw. 41.387 entfielen, auf die bei der Güterherstellung beschäftigten 4528 bzw. 8357.

Die gegenfeitigen Vergleiche im Verhältnis von Umsatz, Verteilungsstellen und beschäftigten Personen lassen zunächst den Schluß zu, daß die Zahl der Beschäftigten nicht im Verhältnis zum Umsatz genommen hat, auch nicht die Zahl der Verteilungsstellen. Dies ist aber nur scheinbar richtig, wie man sofort bei einem Vergleich des Umschlagfaktors in den Verteilungsstellen unter Hingunahme der Steigerung der Warenpreise sehen kann.

Woraus sich also ergibt, daß das Verteilungsstellenpersonal der Konsumgenossenschaften im Jahre 1928 verhältnismäßig größer ist, als der durchschnittliche Warenumsatz gegenüber dem Jahre 1914. Dies Exemplar zeigt, daß die Konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsführung zwar auf Konzentration bedacht ist — weniger Genossenschaften, aber mehr Mitglieder und mehr Umsatz —, aber aus sozialwirtschaftlichen Erwägungen die einmal vorhandenen Arbeitskräfte auf ihren Plätzen hält. Es steht im gewissen Widerspruch mit dem Begriff der Rationalisierung. Aber wenn die Erwartung berechtigt ist, daß die Warenumsätze sich dauernd aufwärts bewegen, dann kommt der Ausgleich einmal früher oder später automatisch zustande. Nicht zu bestreiten ist natürlich, daß die wirtschaftlichen Leistungen der Konsumgenossenschaften in der Vorkriegszeit größere waren, als sie heute sind. Aber das Profitstreben ist nur ein notwendiges Element der Privatwirtschaft, die genossenschaftliche Wirtschaftsform hat neben den materiell volkswirtschaftlichen Aufgaben auch soziale und ideale zu erfüllen. Danach richtet sich die genossenschaftliche Rationalisierung.

### Konsumgenossenschaftliche Entwicklungstendenzen in England

In der internationalen Genossenschaftsbewegung der Verbraucher nimmt, wie allgemein bekannt, die englische mit ihren rund sechs Millionen Mitgliederfamilien und 6 Milliarden Mark Jahresumsatz bei einer Milliarde Mark Eigenproduktion auf beinahe allen Gebieten des Wirtschaftslebens eine absolut dominierende Stellung ein. Weniger bekannt sind die Ausbreitungsgebiete einzelner englischer Konsumvereine und deren Konzentrationstendenzen. Insbesondere in der Weltstadt London, wo im Jahre 1928 noch 15 selbständige Konsumgenossenschaften vorhanden waren, gegen 38 im Jahre 1908. Diese Entwicklungstendenzen zur Konzentration, welche bei allen größeren Konsumgenossenschaften vorhanden sind, be-

ansprüche bei dem riesigen Londoner Ausdehnungsgebiet ein besonderes Interesse. Sie scheinen ihren Anstoß während der Nachkriegszeit bekommen zu haben, als die Regierung die staatliche Lebensmittellieferung bei den Konsumgenossenschaften auch in der Richtung einer Beschränkung der Verteilungsstellen ausdehnte. Es war infolge dessen eine wirtschaftlich unerträgliche Sachlage entstanden, die im Jahre 1920 zu einer Protestversammlung von 200 000 Menschen im Hyde-Park führte, wo der Londoner in der Regel den Massenwillen demonstriert. Und der Erfolg war, daß die fraglichen Bestimmungen kurze Zeit darauf außer Kraft gesetzt wurden. Die weitere Folge, daß sich größere Konsumgenossenschaften zur „Londoner Cooperative Society“ zusammenschlossen, dem heute führenden größten Konsumverein Londons. Neben ihm steht die „Royal Arsenal Society“ der Woolwicher Arsenalbeamten und -arbeiter als zweitgrößte Konsumgenossenschaft.

Was nun aus dem Londoner genossenschaftlichen Wirtschaftsgebiet geleistet wird und welche Konzentrationsmöglichkeiten allein der Londoner Verbraucherbewegung geboten sind, zeigen die nachfolgenden Entwicklungszahlen. Wie schon bemerkt, sank die Zahl der Konsumgenossenschaften von 88 im Jahre 1908 auf 15 im Jahre 1928. Dagegen stieg die Zahl der Mitgliederfamilien von 88 653 auf rund 650 000 mit rund 2 Millionen Familienangehörigen, was ungefähr der Hälfte der Großberliner Gesamtbevölkerung gleichkommt. Das Genossenschaftskapital (Anteile) der Mitglieder stieg von rund 14 600 000 M. auf rund 135 000 000 M. Es übersteigt um 81 Mill. M. das nur 54 Mill. M. betragende Geschäftskapital der 1051 Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die rund drei Millionen Mitglieder zählen (gegen 650 000 in London). Eine erstaunliche Tatsache, die erkennen läßt, was in Deutschland noch nachzuholen ist, um die Leistungen auch nur der Londoner Konsumvereine zu erreichen. Ist doch der Jahresumsatz der Londoner Konsumvereine von rund 34 Mill. M. im Jahre 1908 auf rund 350 Mill. M. im Jahre 1928 gestiegen und die Überschüsse von 2,9 Mill. M. auf 29 Mill. M.

Daß eine solche gigantische Entwicklung mit solchen Wirtschaftszahlen von bedeutendem Einfluß auf die allgemeine Preisbildung der Waren und die sonstigen wirtschaftlichen Verhältnisse eines großstädtischen Gemeinwesens sind, braucht nicht erst nachgewiesen zu werden. Aber sehr im Gegensatz zu Deutschland hört man nichts vom Geschehen des Mittelstandes gegen die „Gesahren“ der Konsumvereinsbewegung. Und vor allem kennt die englische Konsumvereinsbewegung die manchmal geradezu ungeheuerliche Steuerbedrückung nicht, denen die deutschen Konsumvereine aus fiskalischen und wirtschaftspolitischen Gründen ausgesetzt sind. Weil es keine englische Regierung, am wenigsten die derzeitige Arbeiterregierung Mac Donalds, wagen würde, sich in einen Gegensatz zu der konsumgenossenschaftlichen Bewegung zu stellen, deren Mitgliederzahl und wirtschaftliche Bedeutung sich in politischer Kraft und Macht bei den Wahlen auswirken. Woraus sehr viel zu lernen ist.

### Korrespondenzen

**Beuthen (O.-S.).** Am 3. November fand unsere diesjährige Herbst-Bezirksversammlung in Beuthen statt. Zahlreich waren die Kollegen aus den Druckorten Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg und Groß-Strehlitz der Einladung gefolgt; auch Polnisch-Oberschlesien war durch die Ortsvorstände und mehrere Kollegen vertreten. Die Begrüßungsworte, die Bezirksvorsitzender R. L. Sch. (Beuthen) an die Versammlung richtete, galten besonders unserm Gauvorsteher Fiedler und den Kollegen von jenseits der Grenze. Nachdem zwei verstorbene Kollegen in üblicher Weise geehrt waren sowie der Stand der Bezirksklasse bekanntgegeben war, erhielt Kollege Fiedler (Breslau) das Wort zu seinem Vortrage: „Betriebsrätegesetz und

Arbeitsgericht“. Der Referent gab in seinen Ausführungen ein anschauliches Bild über den Wert des Betriebsrätegesetzes und erläuterte es an Hand zahlreicher Beispiele. Der Vortrag fand allseitigen Anklang, was durch zugehörige Ausprüche und den großen Beifall bewiesen wurde. Auf Wunsch soll dieser Vortrag den Mitgliedern gedruckt ausgehen. Ein wichtiger Punkt unserer Versammlung war der Gegenantrag auf Beibehaltung unserer Bezirksleiterumlage. Einkimmig wurde beschlossen, selbige als freiwillige Sammlung beizubehalten. Ein Beweis schöner Opferfreudigkeit unserer oberhiesigen Kollegen. Unter „Verhiebeneis“ gab Vorsitzender bekannt, daß die Lehrplangordnung im Handwerkskammerbezirk Oppeln zur Einführung gelangt und daher auch eine Überschreitung der Lehrplangskala verhindert wird. Die neugewählten Mitglieder des Fachausschusses wurden bekanntgegeben. Nachdem verschiedene Wünsche und Anfragen erörtert worden waren, konnte Kollege R. L. Sch. die für alle Kollegen anregende und aufklärende Versammlung mit bestem Dank schließen. — Am 10. November ehrte der Ortsverein Beuthen das 25jährige Jubiläum der Kollegen Barbier, Mieruch und Ptol in Form einer Familienfeier. Selbige wurde verschiedentlich durch Gesänge des Gesangsvereins „Gutenberg“ und Beiträge der Kollegen Wojtina und Spula. Zahlreich waren auch hier die Mitglieder mit ihren Angehörigen erschienen. Auch Polnisch-Oberschlesien war stark vertreten. Nach Abmüdung des Buntens Abends kam der Tanz zu seinem Rechte, der die Mitglieder bis in die frühen Morgenstunden beisammen hielt.

**Bonn a. Rh.** Unsere diesjährige Bezirksversammlung fand am 10. November in Gusterich aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des dortigen Ortsvereins statt. Die offizielle Feier war am Vorabend. Bezirksvorsitzender Baldus gab die in seiner Begrüßungsansprache des Tages in gebührender Weise. Der Gesangsverein „Gutenbergs“ Bonn brachte hierauf den litmännlichen Chor „Die Arbeit“ zum Vortrag, damit der Versammlung die rechte Stimmung gedenke. In einmütiger Weise wurde die Tagesordnung abgewickelt, nachdem man das Andenken verstorbener Kollegen geehrt hatte. Der Kassenbericht wurde gedruckt vorgelesen und in Ordnung befunden. Der Bezirksvorstand sah sich im Einvernehmen mit den Ortsvorständen gewungen, einen Antrag einzubringen, den Bezirksbeitrag um 10 Pf. zu erhöhen, damit man den an uns heranretrenden Ausgaben auch weiterhin gerecht werden könne. Ohne Widerspruch stimmte man dem Antrag einstimmig zu. Als Weihnachtsgabe für Arbeitslose und Invaliden wurden dem Vorstand 600 M. zur Verfügung gestellt. Dem anwesenden Gauvorsteher Kollegen Fiedler wurde mit auf den Weg gegeben, sich beim Gau dafür einzusetzen, daß dieses auch in diesem Jahre unsere bedürftigen Kollegen eine Weihnachtsgabe zumuten läßt. Kollege Baldus gab einen kurzen Bericht vom Gau. Kollege Löscher referierte über das Thema „Wirtschaft und Staat“. Sein tiefgründiger, lehrreicher Vortrag fand eine aufmerksame Zuhörercharakter. Er erreichte seinen Höhepunkt in den Ausführungen über die Pflichten und Rechte des Arbeiters im heutigen republikanischen Staate. Starker Beifall dankte dem Redner. Zeit und Ort der nächsten Bezirksversammlung zu bestimmen, wurde dem Vorstand überlassen.

**Essen.** Unsere Bezirksversammlung am 10. November gab dem Vorsitzenden Böning Veranlassung, in seiner Begrüßung den außergewöhnlich guten Besuch zu betonen. Während die Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen und die Genehmigung des gedruckt vorliegenden Kassenberichts teilungswise vor sich ging, gab der Punkt „Aufhebung der Sterbeunterstützung der Bezirksklasse ab 1. Januar“ den Auftakt zu kühnlichen Auseinandersetzungen. Die durch den Beschluß des Verbandstages bedingte Auflösung der örtlichen Unterstützungsstellen mußte auch in unserm Bezirk Rechnung getragen werden. Zustimmung fand die dergestalt vorgeschlagene Regelung, daß der aufgesammelte Fonds für Notfälle in bestimmter Form Verwendung finden soll, und der Bezirksbeitrag eine Senkung von 10 Pf. schon ab 1. Oktober erfährt. Dieser Punkt gab dem Vorsitzenden der Opposition Veranlassung, sich in einer Rede zwar weniger mit dem Antrag selbst, als mit der Beurteilung über die Tätigkeit

der Gewerkschaften zu beschäftigen. Die Ausführungen lösten schließlich bei der Versammlung lebhaften Unwillen aus, der in lauten Schreien sein Echo fand, so daß der Redner mit Mühe seine auf die bevorstehenden Wahlen zugeschnittene Rede beenden konnte. Ein angemessener Antrag auf Debatteverbot verhinderte eine weitere Ausprache zu diesem Punkt. Nachdem beschäftigte sich die Versammlung mit einem Antrag Essen, der die Wahl einer Kommission, die sich mit der Wahl eines bediensteten Bezirksverwalters beschäftigt, vorlegt. Die vom Kollegen Seidel als Antragsteller gegebene Begründung sieht die Wahlnahme in der starken Belastung der beiden Hauptfunktionen, die die Arbeit eines Bezirks von über 1000 Mitgliedern nicht mehr nebenamtlich zu leisten vermögen, gegeben. Im Interesse der verschiedensten Tätigkeitsgebiete in der Organisation sei die Freistellung eines Bezirksverwalters geboten. Der Antrag fand nach längerer Ausprache die Billigung der Versammlung, und es erfolgte die antragsgemäße Wahl der Kommission, die dem nächsten Bezirksrat Bericht erstatten soll. Im weiteren Verlauf beschäftigte sich Kollege Straßmann (Köln) als Vorsitzender der Gauvereinsleitung der Handwerker die Veramtlung und berichtigte über die am Vormittag erfolgte Gründung der Handwerkerpartei in Essen. Kollege Böning unterstrich die dargebrachten Wünsche für die neue Sparte und sicherte ihr weitgehende Unterstützung zu. Am Schlusse bewilligte die Versammlung für eine Augenbühnen in Gellentrichen 200 M., worüber vom Kollegen Löscher dankend quittiert wurde.

**Kolberg.** (Maschinenseher.) Am 10. November hatten sich die Maschinenseher des Bezirks Kolberg endlich wieder einmal, seit der Gründungsversammlung vor zehn Jahren, zu einer Versammlung in Belgard aufgefaßt. Der Besuch hätte, da die Versammlung vorher allgemein gewünscht wurde, ein besserer sein können. Nach kurzer Einleitung gab Vorsitzender Kretlow eine Übersicht über die Mitgliederbewegung und den Kassenbestand. Einem Mitgliederbestand von 31 Kollegen am Jahresanfang stehen jetzt 95 gegenüber. Hiervon sind zwei arbeitslos und einer krank. Die Berichte der Vertrauensleute ließen ein erträgliches Lohn- und Arbeitsverhältnis erkennen. Bemängelt wurden allgemein die Entlastungsvorrichtungen. Kollege Dolle (Stettin) referierte über „Die Einführung und Entwicklung der Sechsmaschine und der Sparte“ und ging dann noch auf einzelne Punkte des Sechsten Deutschen Maschinenseher-Kongresses näher ein. Die sich anschließende Debatte zeigte von der Aufmerksamkeit seiner Zuhörer. Die Arbeit der Sparte wurde in vollem Maße anerkannt. Der Antrag, alle Jahre eine Bezirksversammlung abzuhalten und Beschäftigung der am Tagungsort befindlichen Druckerei wurde angenommen. Die Gründung einer Gauvereinsklasse fand großen Anklang. Es soll versucht werden, nicht nur Delegierte zu den Versammlungen der Gauvereinsklasse zu entsenden, sondern man soll jedem Kollegen die Möglichkeit geben, an diesen Versammlungen teilzunehmen. Selbstverständlich sollten die Kollegen auch kleine Opfer mit in Kauf nehmen. Der Antrag auf Erhöhung des Beitrags auf wöchentlich 20 Pf. wurde zurückgestellt, bis die Vorarbeiten zur Gründung einer Gauvereinsklasse geregelt sind. Auch Schneidmühl hatte zwei Kollegen zu der Versammlung delegiert, um über die Gründung eines eigenen Bezirks Arbeit zu schaffen. Ebenfalls zeitigte die Versammlung ein äußerst befruchtendes Resultat, und sie soll alljährlich wiederholt werden.

**Sandberg (Warthe).** Unsere Versammlung am 9. November hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Nachdem Vorsitzender Metz Goffmann den zweiten Vorsitzenden des Arbeitsamts, Stadtrat Krause, begrüßt hatte, wurde der Kassenbericht vom dritten Vizepräsidenten und dem Kassierer entlastet. Hierauf hielt Stadtrat Krause einen Vortrag über „Das Arbeitslosenvermittlung- und Arbeitslosenversicherungsgesetz“. In zweifelhafte Ausführungen verstand er es, die Kollegen mit der Materie des Gesetzes bekanntzumachen. Eine Ausprache hierüber fand nicht statt, da sich der Referent danteilsverwehrt bereit erklärt hat, in der nächsten Versammlung seinen Vortrag zu ergänzen und gestellte Fragen zu beantworten. Unter Punkt „Verhiebeneis“ teilte der Vorsitzende mit, daß der Gauvorstand ein Preisauschreiben für einen Neujahrsglückwunsch ausgeschrieben habe und

### Organisation der Arbeit und der Menschenrechte

(Schluß.)

Das übliche Ziel der Wirtschaft war die Herauswirtschaftung einer möglichst hohen Rente für den Kapitalgeber oder eines hohen Zinses für das Leihkapital. Und um dieses Ziel zu erreichen, wurde auf Kosten von Leben und Gesundheit der Werttätigen rücksichtslos Profitwirtschaft getrieben. Dem Kapital wurden in Martensort keine Herdfestrechte eingeräumt; denn hier stand der Mensch im Mittelpunkt der Wirtschaft, und diese selbst durfte kein andres Ziel haben, als den Menschen an Leib und Seele gesund und lebensfähig zu erhalten. Dieses Ziel mußte erreicht werden durch eine Organisation der Arbeit, die den Menschenrechten vollaus Genüge tat.

Warten war davon überzeugt, daß dieses Ziel innerhalb seiner Gemeinschaft und unter den schon gegebenen Voraussetzungen zu verwirklichen sei und traf dementsprechend seine Maßnahmen. Der von Anfang an betätigte Grundsatz „Durch Gemeinschaftsarbeit zum Gemeinwohl“ umschloß die Pflicht zur Arbeit und das Recht auf Arbeit in gleichem Maße. Die Arbeit wurde als sittliche Pflicht aufgefaßt, als freiwillig und freudig gegebene, froh machende Leistung, der das selbstverständliche Recht auf den vollen Arbeitslohn gegenüberstand. Altmosenempfangen und Erwerbslosse waren in Martensort ebensowenig denkbar wie Leute, die nur von der Arbeit anderer lebten; denn das Vorhandensein des einen wie des andern läßt

war ja immer ein Zeichen dafür, daß in der Wirtschaft etwas nicht in Ordnung ging.

Wer in Martensort leben wollte, mußte sich bis zum vollendeten 65. Lebensjahre sein Brot durch Mitherrschaft am Gesamtwerke verdienen. Nur im Falle der Erwerbsunfähigkeit und nach dem vollendeten 65. Lebensjahre hatte man in Martensort Anspruch auf Mitversorgung durch die Gemeinschaft. Und das galt für jeden ohne Ausnahme. Einseitige Fürsorge für eine bestimmte Berufsgruppe konnte man nicht. Wie jeder in gleichem Maße durch werttätige Arbeit an dem Gesamtwohl mitherrschaften mußte, so hatte auch jeder in gleichem Maße das Recht, nach dem 65. Jahre von der Gemeinschaft mitversorgt zu werden bis an sein Lebensende.

Die Grundlage des Wohlergehens war in Martensort ausreichende Arbeitsgelegenheit und Verdienstmöglichkeit, und beides war durch den gemeinsamen Bodeneigentum gesichert. Acker, Wald und Fischgewässer wurden durch gemeinsame Arbeit genutzt und die Ernte zum gemeinsamen Nutzen verkauft. Neben dem Anbau von landwirtschaftlichen Erzeugnissen hatte man von vornherein Wert auf Anlage von Obstkulturen gelegt, deren Ertrag sich leicht in der nahen Reichshauptstadt absetzen ließ. Den Obstkulturen diente die Bienenzucht, die als Ertrag den Honig lieferte. Und die geräumigen Höfe, Ställe und Gärten ermöglichten eine ausgedehnte Süßholzucht. Der Fischreichtum des nahen Flusses konnte der Ernährung nutzbar gemacht werden. Im Waldbrande hatte Martensort eines Tages einen Maulbeerbaum entdeckt. Das brachte

ihn auf den Gedanken, rings um den Wald eine regelrechte Maulbeerplantage anzulegen, die nicht nur wohlschmeckende Früchte lieferte, sondern auch Gelegenheit gab zur Einführung der lohnenden Seidenraupenzucht. Irigendwo hatte er gelesen, daß es möglich sei, Stroh mit gutem Erfolg für die Papierherstellung zu verwenden. Was ihm da näher, als die Einrichtung einer Papierfabrikation? In Martensort wurde viel Getreide angebaut, und verschiedene große Güter ringsum boten viel Gelegenheit zum Ankauf von Stroh. Die günstige Lage von Martensort in ruhiger, ländlicher, wald- und wasserreicher Umgebung zeigte zur Einrichtung eines Sanatoriums für die Jugend und eines Erholungsheims für die Eltern.

Auf diese und ähnliche Weise ließ sich also das vorhandene Arbeitsgebiet leicht erweitern und damit die Verdienstmöglichkeit vergrößern.

Wo es bei der Produktion auf Massenherstellung ankam, wurde gemeinsame Herstellung und gemeinsamer Vertrieb vorgezogen. Darüber hinaus aber wollte Martensort Handwerk und der geistigen und künstlerischen Betätigung Gelegenheit geben, sich zu schöner Blüte und nach deutscher Art zu entfalten; denn er betrachtete die damit verbundene selbständige und schöpferische Tätigkeit als wertvollen Kulturbau und Aufbaufaktor.

Die Arbeitspflicht wurde so geregelt, daß jedes männliche Gemeindeglied, das sich nicht innerhalb der Gemeinschaft durch die Ausübung eines bestimmten Berufs ernähren konnte, täglich sechs Stunden und bei Bedarf — in der Zeit der Ackerbestellung und Ernte — auch

hat um rege Beteiligung. Ferner rief die Maternfrage eine recht lebhafte Aussprache hervor. Heftige Kritik wurde besonders gelübt über den Maternaustausch der Anzeigen zwischen der hiesigen sozialdemokratischen und einer bürgerlichen Zeitung. Allgemein wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Austausch der größeren Anzeigen die Arbeitslosigkeit vergrößern helfe. Es folgte noch die Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

**Leipzig.** (Gau mitgliederversammlung am 4. November.) Unter „Vereinsmitteilungen“ Berichtete Kollege Hesse (Barth) über die gegenwärtige Arbeitsmarktlage und Arbeitsvermittlung, über die Differenzen mit der Firma Scherl (Abreßbuch), die dadurch entstanden sind, daß die Firma sich weigert, die Korrekturen tariflich zu entschließen. Erwähnung fanden weiter der Verlust einer Verbandsbibliothek der drei sächsischen Gauen über eine neue Gaueninteilung, ferner die Bedeutung der Unfallversicherungsversicherungen und eine Reihe anderer Fragen von lokaler Bedeutung. In der Aussprache stand im Vordergrund die Arbeitslosenfrage. Ein Redner bemängelte die Schreibweise des „Korr.“ über die Gewerkschaftspolitik der KPD, und verteidigte die Einberufung des Revolutionären Gewerkschaftsfongresses. Ein „Renegat“ der Paulinen erwiderte und schilderte die erbärmlich verlogene Einstellung der KPD zur Gewerkschaftspolitik. Der Erfolg dieser Auseinandersetzung war der, daß sich keine 20 Hände der sehr gut besuchten Versammlung für eine Entschließung erhoben, die gegen die in Berlin erfolgten Ausschüsse protestierte. Nach dem Vereinsbericht referierte Kollege Stadtrat Walter Freitag über „Das Leipziger Wohnungswesen“. Er verwies zunächst darauf, daß auch die Gewerkschaften dem Wohnungswesen großes Interesse entgegenbringen und daß es darum durchaus zweckmäßig ist, in den Gewerkschaftsversammlungen zu diesem Problem Stellung zu nehmen. An Hand eines außerordentlich großen Zahlenmaterials zeigte er die Wohnungsverhältnisse der Vorzeitszeit und der Jetztzeit auf. Der private Wohnungsbau ist heute fast unmöglich, und nur durch die Erschöpfung aller Mittel der Miethilfssteuer ist eine Minderung der Wohnungsnot möglich. Eingehende Behandlung erfuhren die Leipziger Verhältnisse. Die nahezu zweifelhafte Ausführung des Referenten fanden den lebhaftesten Beifall der Versammlung.

**Wünsche.** Mit unsrer am 31. Oktober abgehaltenen Versammlung war die Ehrung der Kollegen Joseph Goller, Karl Giggach, Benzel Matausch, Franz Springer und Johann Simon für fünfzigjährige Mitgliedschaft verbunden. Vorsitzender Sölzner begrüßte diese Kollegen für den Verband gebracht haben, denn damals, als sie der Organisation beitrugen, war es noch nicht so leicht, sich offen als Verbandsmitglied zu betonen, weil die Unternehmer mit allen Mitteln die Organisation zu bekämpfen versuchten. Die Kollegen haben aber dem Verband in den schwersten Zeiten die Treue gehalten. Er erwähnte besonders die jungen Kollegen, sich die Jubilare zum Vorbild zu nehmen und das Werk, das diese mitgeschaffen, immer mehr zu festigen und auszubauen. Die Glückwünsche des Verbands und des Gauvorstandes übermittelte Kollege Döhling. Der Buchdruckerengereinigter gestaltete die Versammlung durch Vortrag mehrerer Vorträge zu Ehren der Jubilare zu einer wirklich kollegialen Zusammenkunft. Außer dieser Ehrung war ein Referat des zweiten Verbandsvorsitzenden Richard Barth (Berlin) über „Gewerkschaftliche Zeitfragen“ auf der Tagesordnung vermerkt. Seine interessanten Ausführungen gaben den Verammelten ein Bild von den beachtlichsten Hemmnissen im Vorwärtsschreiten der freien Gewerkschaften. Daß die Verammelten mit dem Gehörten voll einverstanden waren, bewies ein Beschluß, seine Aussprache über das Referat zu pflegen. Zu Beginn der Versammlung wurden sechs verdorbene Kollegen entsprechend geehrt, einige Ausnahmen zustimmend erliebt, wegen Resten sechs Kollegen gestrichen und ein Kollege wegen Betretungen als Kassierer des Buchdruckerengereinigter und von Spargeldern seiner Geschäftskollegen ausgeschlossen.

**Neuzeit.** Einer dankenswerten Initiative des Gauvorstandes folgend, der damit eine Agitationstour einleitete, fanden sich die Kollegen des Bezirks Mühlhörn

am 10. November in Neuzeit zu einer Bezirksversammlung ein. Freundliches Entgegenkommen des Mitgliedsleiterführers hatte die Aufführung des Verbandsfilms und des Films „Geist und Maschine“ möglich gemacht. Besonders erheitert fand das uneingeschränkte Lob der Kollegen und der gelassenen Gewerkschaftscollegen. Er wird einbringlich für die Stärke und Größe des Verbandes, als ein mehrstündiger Vortrag erwiderte. Eine äußerst glückliche Ergänzung fand der Verbandsfilm durch die in der nachmittägigen Bezirksversammlung am die zu 50 Proz. anwesenden Bezirkscollegen gerichteten Ausführungen des Gauvorsitzers Kollegen Döhling über die Lage auf dem Tarif- und Wirtschaftsgebiet. Die Art und Weise, wie er in fast zweistündiger Vortrag die bereits laut werdenden „Wünsche“ der Prinzipalität zur Tarifrevision zerpflichtete, dabei das Arbeitslosienproblem und die wirtschaftliche Lage, besonders jene des Gewerbes, an Hand authentischer Materials beleuchtete und die notwendigen Gegenmaßnahmen erörterte, sicherte ihm gespannteste Aufmerksamkeit bis zum letzten Wort und aufrichtigsten starken Beifall. Eine kleine Aussprache im Anschluß an das Referat, einige Bezirksangelegenheiten und die in vollster Einmütigkeit verlaufene Versammlung konnte geschlossen werden. Auf Wiedersehen im Frühjahr bei den Lausener Kollegen!

**Neustadt (Saar).** Um auch einmal den Ebenobener Mitgliedern Rechnung zu tragen, fand unsre diesjährige Herbst-Bezirksversammlung am 27. Oktober in Ebenobener statt. Sie war von 70 Kollegen besucht. An Stelle des erkrankten Reinwald leitete der zweite Vorsitzende Peter Krass die Versammlung. Er begrüßte zuerst der verstorbenen Kollegen Salzer und May und die Versammlung ehrte das Ableben dieser Kollegen in üblicher Weise. Den Kassenbericht vom zweiten und dritten Quartal gab Kollege Mayer. Es wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. In den Verband aufgenommen bzw. von der Lehrlingsabteilung überföhren wurden fünf junge Kollegen. Kollege Krass (Neustadt) hielt sodann einen Vortrag über „Arbeitslosigkeit und Volksbildung“. Volksbildung ist der Versuch, das geistige Blickfeld des Volkes, also aller in einer Nation enthaltenen Berufs- und Ständegruppen, der Höchstentwicklung ihrer nationalen Kultur entgegenzubringen. Er zeichnete in kurzen Zügen ein Bild vom Schulaufbau, der Weltanschauungsbildung, der Arbeiterbildung in England, ferner die Volksbildung früher und nach dem Kriege und den gegenwärtigen Stand. Bloßes Wissen, also Wissen um seiner selbst willen, ist der Tod der Bildung. Wissen ist ein Wert, dessen Größe ausschließlich durch das Vorzeichen unseres Erlebens bestimmt wird. Volksbildung setzt Aufgabe seiner selbst und Unterwerfung der eignen bildnerischen Kräfte unter die Gesamtbewegungen eines Volkes aus der grundsätzlichen Erkenntnis von den bildnerischen Kräften des menschlichen Individuums. Lebhaften Beifall erntete Kollege Körner für seine Ausführungen, die wohl dazu beitragen werden, daß mancher Kollege nun eifriger wie sonst die Bildungsvorträge der Gewerkschaften wie auch des Volksbildungsvereins besuchen wird. Der Punkt „Organisationsverhältnisse“ brachte wieder die unliebsamen Dürkheimer Verhältnisse aufs Tapet, und diese tiefen eine kundenlange erregte Aussprache hervor. Der Antrag eines Dürkheimer Kollegen wurde bis zur nächsten Bezirksversammlung zurückgestellt. Unter „Verschiedenem“ wurde beantragt, daß der Gau tag 1932 in Neustadt an der Saar die Ratifinder sein. Von der Versammlung wurde dies gutgeheißen. Nach dem Mittagessen machten die Kollegen einen Herbstspaziergang nach dem Wapserhof im Ebenobener Tal.

**Böhm.** Unsre Versammlung am 29. Oktober im „Vereinsgarten“ war gut besucht. Auch die Kollegen vom Stein und des Graphischen Hilfsarbeiterverbandes leisteten der Einladung zahlreiche Folge, und den interessantesten Vortrag des Reichstagsabgeordneten Georg Dietrich „Youngplan und soziale Reaktion“ zu hören. Durch seine allgemeinverständlichen Ausführungen fand der Referent aufmerksame Zuhörer. Er ging aus von der Entwicklung der Außenpolitik seit 1918 und führte an, daß alle Versuche, durch Widerstand die ehemaligen Feindstaaten von ihren Forderungen abzubringen, gescheitert sind. Den Gipfel dieser Verurteilung bilde der für Deutschland und vor allem für seine Finanzen so fähig gezeichnete Ruhrkampf, nach welchem auch weite Kreise der Industrie unter Käu-

fung Stresemanns zu der Einsicht gelangten, daß nur die von den Arbeitern und Gewerkschaften von Anfang an vertretene Erfüllungsvorstellung zu einer friedlichen Lösung führen können. Im weiteren behandelte Kollege Dietrich die Erleichterungen des Youngplans gegenüber dem Dawesplan, die besonders in der Herabsetzung der jährlichen Zahlungen, der Rheinlandräumung und die Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands bestanden. Den Gewerkschaften falle nun die Aufgabe zu, darüber zu machen, daß die Aufbringung der aus dem Youngplan entstehenden Lasten nicht reflexlos auf die Arbeiterkraft abgewälzt wird. Den ersten Versuch in dieser Richtung habe die Reaktion bei der Erwerbslosenversicherung bereits unternommen, der aber in der Hauptsache abgewehrt werden konnte. An Hand von Beispielen bewies er, daß viele Veränderungen der Erwerbslosenversicherung im Interesse der Gewerkschaften erfolgt seien. Von einer Diskussion sah man ab, da diese auf den inhaltreichen Vortrag nur ab schwächend gewirkt hätte. In Abmilderung der weiteren Tagesordnung gab Vorsitzender Krass die Ergebnisse der Urabstimmung bekannt. Mit Bedauern nahmen die Anwesenden zur Kenntnis, daß sich die Mehrheit der Kollegen des Gaues Thüringen für Ablehnung der Beschlüsse der Bezirksvorsitzerkonferenz und damit für einen Rücktritt entschieden habe. Begrüßt wurde der Einspruch der Gauleitung gegen die versuchte Verschleierung der Lehrlingsordnung bei der Handwerksammer Gera.

**Reichenbach-Langensielau.** Am 4. Dezember 1904 wurde unser Ortsverein unter dem Namen „Zweigverein des BvD“ für den Kreis Reichenbach“ gegründet. Damals gehörten dem jungen Verein 20 Kollegen aus den Orten Reichenbach, Langensielau und Peterswaldbau an. Im Jahre 1906 traten die Kimpfberger Kollegen dem Verein bei, und der Name wurde in „Zweigverein Reichenbach-Langensielau-Kimpfberg des BvD“ geändert. Die Kimpfberger Kollegen haben sich wahrscheinlich erst mit der Reineinteilung der Bezirke getrennt. Die Zahl der Mitglieder hiege von Jahr zu Jahr und beträgt gegenwärtig 69. Der Verein erhielt im Laufe der Jahre den Namen „Ortsverein Reichenbach-Langensielau im BvD“, den er heute noch führt. Das 25 jährige Jubiläum wurde am 26. Oktober im „Schützenhaus“ in Reichenbach festlich begangen. Eingeleitet wurde der Abend mit einem Festessen für die Kollegen mit Angehörigen. Nach diesem hatte sich eine große Anzahl Gäste eingefunden, und der eigentliche Festakt begann. Nach einigen gut ausgeführten Musikstücken trug Präsident Brandel einen vom Kollegen Krause verfassten sinnigen Prolog vor. Hierauf begrüßte Vorsitzender Kubla die Festteilnehmer, besonders unsern Gauvorsitzer Frieber und die Kollegen Köchel und Köster vom Bezirksvorstand sowie die aus Waldenburg und Schmelnitz anwesenden Kollegen. Im Mittelpunkt des Abends stand die Festrede des Kollegen Frieber. Er gab darin einen Rückblick auf die Entwicklung des Ortsvereins, dem er seit Gründung nachgegangen und oft mit Rat und Tat unterstützt hat. Er streifte Zweck und Ziele unserer Organisation und entbot die Glückwünsche des Gaues. Mit einem Hoch auf den Ortsverein und den Verband schloß die Festrede ab. Die Glückwünsche des Bezirks überbrachte Bezirksvorsitzender Köchel (Waldenburg) unter Überleitung eines Tischbanners. Kollege Kubla vom Ortsverein Schmelnitz sowie Kollege Wirth vom Ortsverein Waldenburg ehrten den Verein mit einer funktvollen Glückwünschmappe bzw. einem diplom. Alsdann wurden die Kollegen Bölle sen., Asmus, Hante, Heintz und Kühnel, die seit der Gründung dem Ortsverein angehören, für ihre Treue und Mitarbeit unter Überreichung einer Ehrenmappe vom Vorsitzenden besonders geehrt. Der weitere Teil bestand aus Konzertstücken, dem sich ein humoristisches Zeitstück angeschlossen und zum Festball überleitete. Die Tanzpausen wurden des öfteren durch beifällig aufgenommene heitere Vorträge unterbrochen. Am frühen Morgen trennte man sich mit dem Bewußtsein, ein wirklich schönes Fest verlebzt zu haben. Zahlreiche Glückwünsche waren dem Jubiläumsverein von nah und fern zugegangen, u. a. von sämtlichen Reichenbacher und Langensielauer Buchdruckersektoren. Auch wurde der Druck einer Denkschrift durch das freundliche Entgegenkommen des Herrn Buchdruckerleiters C. Maethke ermöglicht, der noch eine Geldspende dem Verein übermittelte. Desgleichen hat der Inhaber des „Langensielauer

darüber hinaus Gemeinschaftsarbeit zu leisten hatte. Die übrige Zeit gehörte jedem für die Instandhaltung seines Erbschaftsbesitzes und für seine Erholung. Jungmänner und Jungmädchen sollten vom 13. bis zum 15. Lebensjahre neben der schulmäßigen Fortbildung mit der Gemeinschaftsarbeit und häuslicher Arbeit vertraut gemacht werden und sich dann unterschiedslos einem bestimmten Berufswahl widmen. Die Ehefrauen waren grundrätlich von der Gemeinschaftsarbeit befreit, da Heim und Herd und Familie ihre Kraft voll auf Anspruch nahmen. Ihre Mithilfe war jedoch für Hofstandsarbeiten vorgesehen.

Die Entschädigung für die zu leistende Gemeinschaftsarbeit wurde nach deren Wert, Schwierigkeit und Gefahr bemessen. Der Wert einer Arbeit wird durch die Nachfrage beeinflusst. Werben sich viele Arbeitskräfte um die leichte, angenehme Arbeit, so wird deren Wert herabgedrückt. Sind dagegen für eine schwere, unangenehme Arbeit nicht genügend Bewerber vorhanden, so wird dadurch deren Wert erhöht und damit ein Anreiz für die Bewerbung gegeben.

Es wurde Gehalt, Stuid- und Zeitlohn vereinbart. Für die wirtschaftliche Arbeit sollte überall dort, wo es nötig war, Stücklohn in Anwendung kommen, um dem Fleiß und dem größeren Können Anreizung zur Entfaltung zu bieten. Zu Gehalt und Lohn kam jährlich ein für alle gleicher Anteil am Gesamtverdienst der Arbeit zur Verteilung, da ja jeder einzelne Arbeiter und Unternehmer in einer Person war. Auf diese Weise stand man sich in Martensort weit besser als anderwärts, zumal dort auch

der Lebensunterhalt an und für sich erheblich billiger war, weil fremder Verdienst für alles, was Martensort selbst bot, nicht in Frage kam.

Die größte Bedeutung mußte Marten der Beschaffung eigener Betriebsmittel belegen, die ja mit zu den Produktionsmitteln zu zählen waren und sich infolgedessen im Besitz der Gemeinschaft befinden mußten. Um diese Notwendigkeit zu gewährleisten, wurde grundrätlich jeder allfällige Bedarf innerhalb der Gemeinde oder durch die gemeinschaftliche Betriebsstelle gedeckt, so daß das durch die Gemeinschaft verdiente Geld auch innerhalb der Gemeinschaft verblieb. Darüber hinaus war jedes Gemeindeglied verpflichtet, erzielte Ersparnisse der Gemeindeparkasse zuzuföhren, damit dieses Geld wieder zum Nutzen der Gemeinschaft arbeiten konnte. Selbstverständlich geschah die Anlegung der Ersparnisse zinslos, weil man im andern Falle sich selbst sein eigenes Geld aus eignen Mitteln hätte verzinsen müssen.

Die Bedeutung dieser Grundrätze war in Martensort für jeden selbstverständlich; denn hier war ja jedes Gemeindeglied als Gesamtschaffter Unternehmer und Arbeiter, Herr und Knecht, Hersteller und Verbraucher, Käufer und Verkäufer in einer Person, so daß alles, was durch die gemeinsame Arbeit erzielt wurde, reflexlos der Gemeinschaft und damit jedem einzelnen zugute kommen mußte. Wirtschaftliche Ungerechtigkeit und Übervorteilung waren innerhalb dieser Organisation ausgeschlossen, weil ja niemand sich selbst bedrücken oder übervorteilen wollte. So waren wichtige Voraussetzungen gegeben, um den selbst-

verständlichen Daseinsbedingungen für jeden Rechnung zu tragen und Gerechtigkeit und Wohlfahrt für alle zu sichern. Dazu trug auch die recht angenehme Begleiterscheinung bei, daß Quertreibereien und böswilliges Gegeneinanderarbeiten in Martensort unbekannt waren. Das vorhandene und immer mehr vertiefte Zusammengehörigkeitsgefühl und der sich daraus ergebende Gemeinschaftsgeist ließ derartiges nicht aufkommen. Jeder lebte und arbeitete so, als sei von seiner Arbeit und seiner Lebensart das Wohl des Ganzen abhängig, weil jeder fühlte, daß er zum Ganzen gehörte, für das Ganze mit einzustehen habe und für das Gedeihen des Ganzen mitverantwortlich war. Die Politik, die sonst überall in der Welt zu nationaler Zerspaltung und Kräftevergehung führte, weil sie nicht als Dienst am Volke aufgefaßt wurde, sondern überall mehr oder weniger der Macht, der Überlistung, dem Eigennutz und der Unterdrückung dienste — sie wurde in Martensort im Sinne sozialer Lebensgestaltung genommen und mit den Fragen der Daseinsicherung eng verbunden.

So war durch Martens Organisation der Arbeit und der Menschenrechte alles getan, was notwendig war, um das bereits Erreichte zu sichern und den Ausbau in dem Geiste zu gewährleisten, der sich beim Aufbau schon so gut bewährt hatte. Vertrauen und Selbstbewußtsein hatten in einer starken brüderlichen Gemeinschaft wieder eine Stätte gefunden. Die Herzen waren mit neuen Hoffnungen besetzt, und die Zukunft war durch neue Ideale erhellt.

Angeizers" für die dort angefertigten Drucksachen eine qualifizierte Rechnung gefandt.

Neustlingen. (Maschinenseher.) Das Tätigkeitsfeld unserer rührigen Vereinigung erstreckt sich auf die verschiedensten Gebiete: Demonstrationen, Vorträge, Besichtigungen, Rechtfertigung, Diktate, aber auch gesellige Wanderungen. Wunschgemäß wird nun noch eine weitere Übung gepflegt und mit dem Thema angebahnt: "Wie berechne ich meine Leistungen an der Sechsmaschine?" Zu diesem Vortrag wurde Kollege Fr. Kohlrath (Stuttgart) gewonnen. In der ihm eignen deutlichen Sprechweise behandelte er in einem zweifundigen Vortrag diese Materie an Hand von Tafeln und der so reichlichen Vorlagen von Originalmanuskripten bzw. deren bereits errechneten Prozentaufschlägen. Neben den ziffernmäßigen Übungen konnte man des weiteren auch noch auf so manches aufmerksam werden, was gewiß in der Praxis übersehen worden wäre. Und so wird der eigentliche Zweck, sich selbst einmal einer Kontrolle zu unterziehen und, wenn angebracht, für seine Leistungen eintreten zu können, sicherlich einen kleinen Fortschritt auszuweisen haben. Ein Kollege schlug vor, in den monatlichen Veranlassungen die Übungen fortzusetzen, um so manchem Gebiete nicht der Vergessenheit preisgegeben. Der Vorschlag fand lebhaften Zuspruch. Vorstehender Strauß dankte den zahlreich Anwesenden für ihre bewiesene Aufmerksamkeit und dankte im besonderen dem Redner des Tages für seinen so überaus interessant gefalteten Vortrag.

Stettin. (Handseher.) Am 8. November fand eine Versammlung der hiesigen Vereinigung statt. Unter "Gesellschaftlichem" teilte der Vorsitzende mit, daß am 1. Oktober die Zentralkommission die Geschäfte übernahm. Werberwerbungen sollen im Gebiete des Oberganges abgehalten werden unter Hinzuziehung eines Referenten aus Berlin. Aufgenommen wurden vier Kollegen. Der Rassenbericht hatte am Ablauf des zweiten Quartals einen Bestand von 272,55 M. Neueintretende Kollegen zählten bis Ende Dezember d. J. kein Eintrittsgeld; dagegen die Kollegen, die nach dem 1. Januar 1930 eintreten 50 Pf. Hierauf hielt Kollege W. Wolter einen Vortrag über "Das Arbeitslosenversicherungsgeß". Der Redner fand während seiner einstündigen Ausführungen anständige Zuhörer. Der Vorsitzende sprach dem Referenten den Dank der Versammelten aus. Unter "Beschriebenem" wurden noch berufliche Angelegenheiten geregelt.

Ulm-Kreuzen. Unse Oktoberversammlung nahm den Bericht vom Gau durch die Kollegen Hohl und Glasbrener entgegen, die in ausführlicher Weise berichteten und lebhaften Beifall ernteten. Erfreulicherweise konnte festgestellt werden, daß die Versammlung die bestbesuchte in diesem Jahre war. Anwesend waren von Ulm-Kreuzen 72, Rauppheim 5, Dietenheim 5, Blaubeuren zwei Kollegen. Kollege Glasbrener wurde einstimmig zum Bezirksvorsitzenden gewählt. Dem Wunsch der auswärtigen Kollegen des Bezirks, die Versammlungen, vor allem diejenigen des Bildungsverbandes, so festzusetzen, daß auch sie daran teilnehmen können, soll nach Möglichkeit entsprochen werden. Mit dem Wsingen eines Buchdruckerkollegen fand die interessante Versammlung ihren Abschluß.

Wiesbaden. (Drucker und Stereotypente.) — Vierteljahrsbericht. Die Vereinstätigkeit im dritten Quartal war außerordentlich rege. In der Julierversammlung, die erfreulicherweise von 44 Kollegen besucht war, erhaltete neben der übrigen interessanten Tagesordnung Kollege Bitter (Mainz) Bericht vom Druckertongreß. Seine Ausführungen und gleichzeitige Kritik waren derart lüchellos und erschöpfend, daß auf die Diskussion verzichtet werden konnte. Anschließend hielt unter "Lehrlichem" Kollege Kirsch einen Vortrag über "Maschinenfabrik in Wiesbaden". — Die Augustversammlung brachte neben Ergänzungswahlen als Hauptthema die Vorbereitung für das 25jährige Jubiläum. — Am 7. und 8. September fand dann das großangelegte Jubiläumsfest unter Teilnahme der Gesamtorganisation statt. Kollege Witz hieß die Anwesenden herzlich willkommen. Kollege Jost gab in seiner Festrede einen Rückblick auf die vergangenen 25 Jahre und sprach den Wunsch aus, daß der Verein in den kommenden Jahren den Mitglieðern jederzeit die Stätte des gegenseitigen Austausches der Erfahrungen bleiben möge. Die Kollegen Mittelbach, Bargon und Berlinger konnten als Gründer und Jubilare geehrt werden. Außerdem die Kollegen Beckel, Harb, Hundt, Julius und Peters für mehr als 20jährige Mitgliedschaft. Vertreter des Gau und Kreises, der Stadt Wiesbaden sowie vieler besunderer Parteien und Brudervereine brachten Glückwünsche und überreichten linnige Geschenke. Der als Gast unter uns weilende Kollege Scheidemann sprach lobende Worte der Anerkennung und forderte zu neuem Wirken auf. Der zweite Teil des Festes unter Mitwirkung des Kollegengangsvereins "Gutenberg", der Jungbuchdrucker, der Freien Turner, des Tenoristen Kollegen Kaber, der Mandolinengruppe des Kollegen Glab und der humorvollen Frau Helene Obermeyer vom Frankfurter Rundfunk sowie der eifrigen Musikkapelle brachte die dankbaren Zuhörer in gute Stimmung. Die Anwesenden blieben bis zum frühen Morgen beisammen. Eine Rundfahrt in eleganten Ausflugswagen führte am Sonntagmorgen 150 Kollegen nebst Angehörigen zu den schönsten Punkten Wiesbadens, rund um die Stadt. Mit der am Nachmittag abgehaltenen Kreisversammlung der Drucker, wobei den Kollegen eine reichhaltige Drucksachenmappe zum Andenken an das Jubiläum überreicht werden konnte, fand die Jubiläumsvorankunft ihren Abschluß. Die Geschichte und die Entwicklung des Vereins wurde in einer Festschrift, mit Bildern versehen, niedergeschrieben. In ihrer modernen Aufmachung kann sie als gut gelungen bezeichnet werden. Interessierten wollen sich an Kollegen E. Witz, Wiesbaden, Duerfeldstraße 5, wenden. Preis 50 Pf. — Die Septemberversammlung war von 40 Kollegen besucht, die 60 Mitglieder eine sehr glänzige Zahl. Man hörte einen kurzen Bericht der Jubiläumsvorankunft sowie einen interessanten Lichtbildvortrag des Herrn Steinberg von der Firma Speiß (Leipzig), betitelt "Stagnation im Druckgewerbe".

### Allgemeine Rundschau

Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnisse der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommenen Statistik über den Arbeitslosenstand im graphischen Gewerbe Ende Oktober 1929 (herausgegeben am 16. November) waren vorhanden bei den Buchdruckern 11,8 Proz. Vollarbeitslose und 0,7 Proz. Kurzarbeiter (gegen 11,6 Proz. bzw. 0,7 Proz. Ende September); bei den Buchbindern 10,4 Proz. Vollarbeitslose und 8,1 Proz. Kurzarbeiter (gegen 11,7 Proz. bzw. 10,5 Proz.); bei den Lithographen und Steindruckern 11,8 Proz. Vollarbeitslose und 3,5 Proz. Kurzarbeiter (gegen 11,6 Proz. bzw. 3,3 Proz.); bei den Hilfsarbeitern 8,8 Proz. Vollarbeitslose und 2,7 Proz. Kurzarbeiter (gegen 9 Proz. bzw. 2 Proz.). Die Durchschnittsziffern sämtlicher freien Gewerkschaften an Arbeitslosen und Kurzarbeitern beliefen sich Ende Oktober auf 11 Proz. bzw. 6,7 Proz. (gegen 9,6 Proz. bzw. 6,5 Proz. Ende September).

Gesellschaftsdruckwettbewerb des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker. Der Vorstand des Bildungsverbandes hat bekanntlich Anfang Oktober einen Wettbewerb für Gesellschaftsdruckarbeiten im Normformat ausgeschrieben. Es sei darauf hingewiesen, daß die Entwürfe bis zum 1. Dezember 1929 eingereicht werden müssen. Eine Verlängerung des Wettbewerbes ist nicht in Aussicht genommen. Alle, die sich an dem Wettbewerb zu beteiligen wünschen, wollen also ihre Arbeiten rechtzeitig einfinden.

Institut für Arbeitsphysiologie in Dortmund. Das hiesige Institut für Arbeitsphysiologie hat vor kurzem seinen stattlichen Neubau in Dortmund, am Hindenburgdamm, gegenüber der Westfalenhalle, bezogen. Es ist ein tubisch redigierter, ständig gegliedertes, in fünf Geschossen quer gelagerter Baukörper, der aus den dicksten Stahlbetonstützen mit schmalen Pfeilern dazwischen, sein Maß erhält, mit weit dreigeschossigen Flügeln und flachen Dächern. Im Erdgeschoß findet man die Rationalisierungs- und die Gasanalyseräume, die Werkstätten und die chemischen Laboratorien für besondere Zwecke, im ersten Obergeschoß die chemische Abteilung und die Rationalisierungsabteilung, im zweiten Obergeschoß im Anschluß an die Verwaltung und die Direktorräume medizinische und physikalische Laboratorien, im dritten Obergeschoß die physiologische Abteilung und im vierten Obergeschoß den Vortragssaal, die Röntgenabteilung und eine kinematographische Abteilung. Das Institut ist unter Leitung von Professor Alster der Physiologie, Pathologie und Hygiene der geistigen und körperlichen Arbeit gewidmet. Es beschäftigt sich besonders mit der Frage der Ermüdung, der Zweckmäßigkeit des Arbeitsprozesses, der Arbeitskleidung und der Ernährung. Um Raum für neu hinzutretende Spezialabteilungen gewinnen zu können, wurde zu eventuellem Versehen der Zwischenwände ein Eisenbetonbau ausgeführt.

Starkes Anwachsen der Arbeitslosigkeit trotz Wirtschaftslüte. Die herberliche Belastung des Arbeitsmarktes scheint sich in immer härterer Weise auszuwirken. Namentlich die zweite Oktoberhälfte hat den Arbeitsnachweiser starken Zulauf gebracht. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung stieg von 784 000 auf 889 000, also um rund 105 000 oder 13 1/2 Proz. Bis zum 9. November fand eine weitere Steigerung um etwa 60 000 statt. An der Zunahme sind auch diesmal Frauen beteiligt, wenn auch nicht so stark wie die Männer. Die Gesamtzahl der Unterstühten in der Arbeitslosenversicherung liegt zur Zeit um rund 200 000 Personen höher als im Vorjahre. Die Arbeitslosigkeit ist in den einzelnen Landesteilen sehr unterschiedlich. Man muß bei alledem berücksichtigen, daß die Witterung bis Mitte November keinen unmittelbaren Anlaß zu einer Verschlechterung der Arbeitsmarktlage bot. Aber auch die Wirtschaft im allgemeinen gibt dafür keinen Anhaltspunkt. Die Erzeugung der Schlüsselprodukte liegt höher als im Vorjahre. Nach den amtlichen Berichten ist das Arbeitseinkommen um rund 300 Millionen gestiegen. Auch der Außenhandel übersteigt die Ergebnisse des Vorjahres nicht unwesentlich. Der Warenumschlag ist gewachsen. Somit ist festgestellt, daß die Güterproduktion höher liegt, der Warenumschlag beschleunigt. Die gesteigerte Produktion wird von der gleichen Anzahl Menschen bewältigt als im Vorjahre. Der überschüssige Teil der Arbeitslosenziffer ist genau so hoch als die Zahl derjenigen, die 1929 dem Arbeitsmarkt neu zugeströmt sind. Die Verschlechterung der Arbeitslosigkeit wird im wesentlichen herbeigeführt durch die sogenannte Saisongruppe, in erster Linie die Bauarbeiter. Nach der Gewerkschaftsstatistik waren Ende Oktober unter den Gewerkschaftsmitgliedern arbeitslos 11 Proz., kurz arbeiteten 0,7 Proz. Die Saisongruppe hatte eine Arbeitslosigkeit von 17,7, dagegen die Konjunkturgruppe eine solche von 9,2 Proz. Es liegt bei der letzten Gruppe gegenüber Ende Juli nur eine geringfügige Steigerung von 0,6 Proz. vor. Neben den Augenberufen hatten die höchste Arbeitslosigkeit die Hutarbeiter mit 29,5, die Schuhmacher mit 10,1, die Lederarbeiter mit 13,8 und die Bekleidungsarbeiter mit 13 Proz. Die Kurzarbeit war am höchsten bei den Textilarbeitern; ihnen folgten die Hutarbeiter, Schuhmacher, Bekleidungsarbeiter, Lederarbeiter, Metallarbeiter usw. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in keiner allgemeinen Krise, einer schweren Krise geht nur die Arbeiterchaft entgegen.

Schiedsgericht für die Schuhindustrie. Nachdem es im Verlaufe der Vorverhandlungen nicht gelungen war, die Unternehmer zu irgendwelchen Zugeständnissen in der Lohnfrage zu bewegen, wurde am 20. November unter Vorsitz des vom Reichsarbeitsminister bestellten Schlichters ein Schiedsgericht gefaßt. Danach soll mit Wirkung vom 2. Dezember 1929 der Mindestlohn des männlichen Arbeiters über 21 Jahre (Ortsklasse I) 95 Pf. betragen (bisher 87 Pf.). Die übrigen Löhne sollen wie bisher gestaffelt bleiben. Keinen Rechtsanspruch auf die Lohn-erhöhung haben Zeitlohnarbeiter, deren Stundenlöhne den neuen Mindestlohn nicht erreichen, und die Akkordarbeiter, deren Verdienste im Spartenbuchschnitt den neuen Akkordlohn erreichen oder überschreiten. Die Neuregelung soll erst-

maß zum 31. März 1931 künbbar sein. Die Parteien haben sich bis zum 27. November über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs zu erklären.

Endlich ein Denkmal Heines in seiner Vaterstadt? Der jahrzehntelange Kampf der Freunde des großen Dichters Heinrich Heine um ein Denkmal in seiner Vaterstadt Düsseldorf scheint nun doch zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Nachdem die Stadtverwaltung 10 000 M. gestiftet und ein Arbeits- und Ehrenausschuß zur Errichtung des Denkmals vorhanden ist, dem außerordentlich zahlreiche Dichter, Schriftsteller und andre Künstler des In- und Auslandes, darunter solche außerhalb Europas, angehören, dürfte die Errichtung des Denkmals nunmehr bald greifbare Gestalt gewinnen. Wer weiß, welchen Widerwertigkeiten schon vor Jahrzehnten unternommene Veruche zur Denkmalserrichtung durch reaktionären Einfluß begegneten, die Düsseldorfis Ansehen mehr als einmal vor der Mittelt der Lächerlichkeit preisgaben, der wird es freudig begrüßen, daß nun endlich Düsseldorf seinem größten Sohne die verdiente Ehre zukommen läßt.

Wissenschaftliche Schöpfung einer Krankenkasse. Wie der "Vorwärts" dieser Tage zu berichten wußte, ist man in Neuteich, einer Stadt im Freistaat Danzig, durch Zufall einem großen Betrugsstandal auf die Spur gekommen. Vier Ärzte und zwei Apotheker sind dadurch aufs schwerste belastet. Bei der Heimreise der Saisonarbeiter nach Polen entdeckten die revidierenden Zollbeamten in dem Gepäck der polnischen Arbeiter auffallend viel Zugsulose, Auto- brillen, Zahnpasta, Verbandstoffe, Drogen und sonstige Handverkaufsgegenstände für Apotheken. Die Zöllner waren zunächst darüber sehr erstaunt und machten sich zu nächst Gedanken darüber, wie anspruchsvoll auf einmal die polnischen Saisonarbeiter geworden waren, denn es ist allgemein bekannt, daß die Saisonarbeiter aufs sparsamste leben, um möglichst viel Bargeld in die Heimat zu bringen. Es lehte eine Untersuchung ein über die merkwürdigen Gegenstände im Koffergepack der Saisonarbeiter. Bei näherer Untersuchung stellte sich heraus, daß diese schönen Sachen ausschließlich aus den beiden Apotheken in Neuteich stammten. Sie wurden dort nicht etwa gekauft oder gestohlen (an Diebesbeute dachten die Zöllner zuerst), sondern die Landarbeiter erhielten die Waren als Ersatz für Medikamente, die ihnen von Neuteicher Ärzten verschrieben waren. Die Ärzte Dr. Zielinski, Dr. Wichter und Dr. Hedwig Friedrich hatten es sich zur Gewohnheit gemacht, Saisonarbeitern Medikamente zu verschreiben, ohne daß die Ärzte die Patienten sahen. Den Ärzten wurde der Krankenschein vorgelegt, etwas ergrüßelt, und dann wurden Medikamente verschrieben. In den Apotheken wurde dann aber nicht das Medikament verabfolgt, sondern Selse, Zahnpasta und ähnliche angenehme Dinge. Welchen Umfang diese Betrügereien angenommen hatten, geht am besten daraus hervor, daß 25 Saisonarbeiter in Haft genommen wurden. Bei der polizeilichen Vernehmung wurde festgestellt, daß z. B. eine Frau gleich mit 20 Krankenscheinen bei dem Arzt erschien, wobei auf jedem Krankenschein schon vermerkt war, was an Stelle des Medikaments verabfolgt werden sollte. In den Unter- suchungsräumen der Saisonarbeiter wurden ganze Körbe voll unangebrochener und ungeöffneter Flaschen, Tuben usw. gefunden und beschlagnahmt. Außerdem viele Gegenstände, die an Stelle der Medikamente geliefert wurden. Gegen drei Neuteicher Ärzte und einen Apotheker Sturmman, die durch Aussagen der Saisonarbeiter am härtesten als Ratten- marder belastet worden sind, wurde von der Kriminal- polizei die Untersuchung eingeleitet.

Aber Bauparaffen. Die sogenannten kollektiven Bauparaffen hatten in den letzten Jahren und Monaten einen rapiden Zulauf an Bauparatern und insoweit einen raschen Aufstieg zu verzeichnen. Dabei ist aber vom Standpunkt des Arbeitnehmers besonders auf zwei Momente hinzuweisen, die bei der Benützung von kollektiven Bauparaffen äußerste Vorsicht erfordern. Einmal gibt es viele Bauparaffen, deren Sparysysteme einer sachlichen Kritik durchaus nicht standhalten, weil sie insbesondere auf dem stets fehlenden Zugang an neuen Bauparatern aufgebaut sind und man insoweit sagen kann: "den Leuten beißen die Hunde", zum andern sind die Mindestsummen der verbrauchswürdigen Bauparaffen so hoch (auch bei den öffentlichen Bauparaffen beträgt die Mindestsumme 3000 M.), daß es den meisten Arbeitnehmern unmöglich ist, eine ihren Einkommensverhältnissen angepaßte Summe innerhalb einer nicht zu langen Wartezeit zu sparen bzw. eine bestimmte monatliche Sparsumme 10 oder 15 Jahre lang hintereinander zu leisten. Der Gedanke des Bauzweckparens ist deshalb aber nicht zu verwerfen, weil er in der Art der heutigen Anwendung in Deutschland nicht einwandfrei ist, sondern es ist zu unteruchen, inwiefern er mit solideren Methoden durchgeführt werden kann, und vor allem, inwiefern der Arbeitnehmer mit kleinem und mittlerem Einkommen sich auch des Bauzweckparens mit Erfolg bedienen kann. Zum Zwecke der Unteruchung dieser Fragen hat sich aus Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Ausschuß gebildet, der die Frage des Bauparens eingehend unteruchen und praktische Vorschläge machen wird. Es ist deshalb dringend zu empfehlen, das in kurzer Zeit vorliegende Ergebnis der beschleunigten Arbeit dieses Ausschusses abzuwarten.

Ratifikation des Washingtoner Arbeitszeitübereinkommens durch Italien. Wie das Internationale Arbeitsamt in Genf der italienischen Presse entnahm, hat die italienische Regierung die Frage der Ratifikation des Washingtoner Arbeitszeitübereinkommens über den Achtstundentag einer erneuten Prüfung unterzogen. Im Korporationsministerium wird zur Zeit über zweckmäßige gesetzgeberische Maßnahmen auf diesem Gebiete beraten. Wie verlautet, soll es sich darum handeln, in dem bereits bestehenden Geleß über den Achtstundentag die Bestimmungen über die Industrie von denjenigen über den Handel und die Landwirtschaft zu trennen und sie mit den Vorschriften des Washingtoner Arbeitszeitübereinkommens insbesondere über die Überstunden und den 24stündigen Überstundenaufschlag in Einklang zu bringen. Alsdann soll die Ratifikation des Washingtoner Arbeitszeitübereinkommens, die für Italien bisher nur eine bedingte ist, vollzogen werden.

Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber...

Einspruchsfristablauf für die Patentanmeldungen...

Patentanmeldungen

- (Veröffentlicht im „Patentblatt“ vom 7. November 1929):
Rt. 154 Z. 26 822 Zugkraft...

Patenterteilungen

- Rt. 154 480 700 Seilmaschinenfabrik Monotype...

Gebrauchsmuster

- Rt. 154 1 094 820 Volk & Gnada, Berlin SW 61...

Verschiedene Eingänge

- „Deutscher Drucker.“ (Deutscher Buch- und Steindruck.)
„Schweizer Graphische Mitteilungen.“

„Arbeiter-Zeitung.“ Von dieser sozialistischen Sprach-

Briefkasten

P. S. in Schm.: Der Konsequenzen wegen müssen Hinweise...

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreibundstraße 5...

Adressenveränderungen

Breslau. (Berlin: (Schlesischer Korrespondent)) Kaffierer: Doktor...

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die betagte Adresse):

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Gau Dresden. Dem aus der Tischgesellschaft angerechneten...

Veranstaltungskalender

- Kochschaff-Kalkstein. Verammlung am Sonntag, den 20. November...

Bei jedem Konditionswechsel sind rechtzeitig Erkundigungen beim zuständigen Gauvorsitzer einzuziehen!

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengefaltene Millimeterhöhe für Stellen...

Deutscher Buchdrucker-Kalender 1930

Buchdrucker-Berein in Hamburg-Altona

Wie entwerfe ich Akzidenzen

Gustav Heisler

Emil Hönisch

Der Versand der Dostojewskij-Serie hat begonnen...

Kleiffertopf

Louis Ball

Carl Haaf

H. Gillschenstein

Verlag: Kreuzhandverwaltungen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker...